

Spangenberger Zeitung.

Blätter für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

Fernsprecher Nr. 27

Wochentl. 3 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend nach Mittag zur Ausgabe. Abonnementpreis pro Monat 0.90 RM, frei in Haus, einschließlich der Zeitschriften "Mein Garten", "Die Frau und ihre Welt", "Der heile Alltag", "Praktisches Wissen für Alle", "Unterhaltungsblätter". Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1.20 RM. Im Falle höherer Gewalt wird kein Schadenloch getestet.



Telegr. Adr.: Zeitung.

Anzeigen werden die lebhaft gespaltene 3mm hohe (Petit-) Zeile oder deren Raum mit 15 Pf. berechnet; ansonst 20 Pf. Bei Wiederholung entfallen die Kosten des vorherigen Abdrucks. Reklamen kosten pro Zeile 40 Pf. Verbindlichkeit für 100, Datumschrift und Beleglieferung ausgeschlossen. Annahmegericht für Öffentl. und Auskunft beträgt 15 Pf. Zeitungsbeiträgen werden billiger berechnet. Zahlungen an Postkonto Frankfurt am Main Nr. 20771

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer Spangenberg
Nr. 139 Sonntag, den 20. November 1932 25. Jahrgang.

Hindenburg empfängt Hitler

Entscheidende Beratungen — Gewalten-Teilung in Preußen durch Verordnung

Von Woche zu Woche

Randbemerkungen zur Zeitgeschichte.

Die innerpolitische Lage ist in einem krisenhafte Stadium. Wider Erwarten sah sich der Reichskanzler am Dienstag veranlaßt, seinen Staatsbesuch in Stuttgart abzubrechen und anstatt dessen eine Kabinettssitzung anzuberufen, in der über das Schicksal des Kabinetts beratschlagt wurde. Ein formelles Rücktrittsbeschluß wurde vom Kabinett zwar nicht gefasst, doch ließ der negative Verlauf der Sitzungen Papens mit den Parteiführern den offenen Ausbruch der Regierungskrise leicht vorausahnen. Der Kabinett Papens lag unvermeidbar im Zuge der politischen Entwicklung, nachdem es sich herausgestellt hatte, daß eine wirkliche nationale Nationalgemeinschaft der Parteien unter seiner Führung nicht zustande kommen würde. Mit dem Entschluß zur Gewaltenteilung hat das Kabinett dem Reichspräsidenten den Weg zu einer nationalen Konzentration freigemacht.

Die Verhandlungen, die der Reichspräsident nun mit den Parteiführern aufgenommen hat, stellen einen großzügigen und loyalen Versuch zu einer Verständigung mit wichtigen politischen Kreisen des deutschen Volkes dar. Ob alle diese Verhandlungen zu einem positiven Ergebnis führen werden, das läßt sich im Augenblick natürlich noch nicht übersehen. Der Reichspräsident ist jedenfalls gewillt, den Parteiführern jede mögliche Chance für eine Lösung der nationalen Konzentrationsfrage zu geben. Die Parteien überrechnen damit aber auch die große Verantwortung für das, was die nächste politische Entwicklung bringen wird. Viel wird davon abhängen, wie die Nationalsozialisten sich zu dem Appell des Reichspräsidenten verhalten.

Es liegt eine gewisse Tragik darin, daß die Regierungen in Deutschland in den allermeisten Fällen in dem Augenblick zum Ausbruch kommen, wenn wichtige u. h. n. politische Entscheidungen, von denen auch Deutschland in starkem Maße berührt wird, heranzureisen beginnen. Auch diesmal wieder ist die deutsche Regierungsmaschine gerade dann stillgelegt, wo angesichts der Veröffentlichung des französischen Abrüstungsplanes und der Beamtigkeit der englischen Stellungnahme eine aktionsfähige Regierung in Deutschland mehr denn je erforderlich ist. Nach verlautet, daß der Außenminister Freiherr von Neurath trotz der Regierungskrise nach Genf fahren wird und der Wahrnehmungsfähigkeit nach auch dem neuen Reichskabinett angehören wird, aber es steht wohl außer Zweifel, daß die Autotifheit des deutschen Vertreters auf dem Genfer Kongreß stark beeinträchtigt ist, solange die Regierungskrise in Berlin noch nicht beendet ist.

Was den nunmehr in seinem Wortlaut veröffentlichten französischen Abrüstungsplan anbelangt, so gibt es darüber in Deutschland nur eine Meinung: Unannehmbar. Abweichende Anerkennungen finden wir lediglich in der Beurteilung der noch für die Reichsregierung vorherrschenden Möglichkeiten der diplomatischen Ausprache und über die Haltung, die jetzt in diesem Vorstadion einer Entscheidung angenommen wäre. Es ist schon richtig, wenn der Eindruck verkehrt, daß es den Befürwortern des französischen Planes gar nicht darauf ankommt, diejenigen Wege aufzuzeigen, die zu einer seit Jahren eigentlich schon vorbereiteten Beschlusssitzung über eine wirkliche Abrüstung und Schaffung einer soligen Gleichberechtigung führen sollten oder könnten. Vielmehr wird der Versuch gemacht, einen Plan zur Diskussion zu stellen, der einen politischen Neubau Europas beweist, und in diesem Neubau wird dann auch nebenher das Abrüstungsproblem behandelt. Dieses Kapitel und jeder Paragraph des französischen Planes lassen nur zu deutlich annehmen, daß es in erster Linie Frankreich darauf ankommt, die französische Hegemonie in Europa zu fordern. Ist das erreicht, dann wäre man vielleicht gezwungen, sich auch über die eigentlichen Kernfragen der Streitkriege zu unterhalten und sie mitzubearbeiten. Es wäre wahrscheinlich, wollten wir uns durch zärtliche Friedensbeschreibungen in diesem französischen Planen über die harte Wirklichkeit hinwegtäuschen lassen.

Erfreulich sind die Fortschritte, die in der Gleichberechtigungsfrage erzielt worden sind. Die Generaldelegierte des englischen Außenministers Sir John Simon hat bewiesen, daß England heute bereit ist, das Abrüstungsproblem vom Gleichberechtigungsproblem aus zu behandeln. Während der französischen Plan zwar anerkannt, daß die Verteilung der Entwicklungsbemühungen durch eine für alle Mächte gleichlauende und gleichhändige Konvention erlebt werden müßten, dann aber schließlich auf Sicherheitsforderungen hinausläuft, macht Sir John Simon darüber hinaus wirklich praktische Vorschläge zur Frage der Abrüstung. Wenn auch noch viele Einzelfragen gestellt und manche Bedenken gegenüber den englischen Vorschlägen bestreit werden müssen, so bedeutet das Simon's Recht doch einen wesentlichen Fortschritt. Das Wort hat nun Frankreich, als es lebhaft verständlich, daß die Ausführungen Sir John

Simons allein Deutschland nicht an den Verhandlungstisch der Abrüstungskonferenz bringen können. Notwendig dazu ist das Einverständnis Frankreichs, auf dessen Schultern die Verantwortung dafür ruht, ob die Abrüstungskonferenz wirkliche Ergebnisse haben wird.

Von einer sozialen Regelung der Abrüstungsfrage wird es wesentlich abhängen, ob dem neuen Vorstand der Schuldenländer in Washington Erfolg beschieden sein wird. Eine endgültige Stellungnahme Amerikas liegt noch nicht vor. Präsident Hoover ist vorläufig an den Kongressbeschuß gebunden, in dem eine Streitkriege oder Herauslösung der europäischen Kriegsschulden an Amerika ausdrücklich abgelehnt wird. Vielleicht ist nach dem Wahlsieg der Demokraten eine Sinnesänderung des amerikanischen Parlaments zu erwarten. Näheres wird man darüber schon in der nächsten Woche erfahren, wenn Präsident Hoover die angekündigte Unterredung mit seinem Nachfolger Roosevelt gehabt hat. Soviel läßt sich aber schon heute sagen, daß Amerika jedes Interesse in der Schuldenfrage von einem positiven Ausgang der Abrüstungskonferenz abhängig machen wird.

Zuständigkeiten in Preußen

Neuregelung durch Notverordnung des Reichspräsidenten.

— Berlin, 19. November.

Nachdem die zwischen dem Reichskanzler von Papen und dem geschäftsführenden preußischen Ministerpräsidenten Braun geführten Verhandlungen zu einer Einigung nicht geführt haben, hat nunmehr Reichspräsident von Hindenburg auf Grund des Artikels 48 Absatz 2 der Reichsverfassung in einem Erlass, der gleichzeitig an den Reichskanzler in seiner Eigenschaft als Reichskommissar gegangen ist und in einem besonderen Begleiterschreiben dem preußischen Ministerpräsidenten Braun zugeschickt wurde, eine Regelung für die Zuständigkeiten in Preußen getroffen.

In der Begründung wird ausgeführt, der Reichspräsident habe aus den zwischen dem Lande Preußen und dem preußischen Ministerpräsidenten geführten Verhandlungen entnehmen müssen, daß eine Einigung über die Befugnisse, wie sie nach dem Urteil des Staatsgerichtshofes für das Deutsche Reich dem preußischen Ministerpräsidenten und dem Reichskanzler als Reichskommissar zustanden, nicht erzielt worden sei.

Unter diesen Umständen erschien Verwaltung und staatliche Ordnung des Landes Preußen in Frage gestellt. Dies bedeutet eine erhebliche Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung. Er sieht sich deshalb veranlaßt, die nötigen Maßnahmen zu treffen.

Im einzelnen hat Reichspräsident von Hindenburg u. a. folgende Anordnungen getroffen, mit deren Durchführung der Reichskanzler in seiner Eigenschaft als Reichskommissar für das Land Preußen beauftragt worden ist:

Um Mißverständnisse auszuschließen, haben die Kommissare innerhalb des ihnen zugeschriebenen Geschäftsbereichs die mit dem Kopf "Der preußische Ministerpräsident", "Der preußische Minister" ... zu verbundenen Schreiben zu zeichnen: "Der Kommissar des Reichs". Beschlüsse und Verordnungen, die die Kommissare des Reichs gemeinsam oder einzeln erlassen, sind zu zeichnen: "Das preußische Staatsministerium: Die Kommissare des Reichs".

Verordnungen, deren Erlass der preußischen Landesregierung, dem preußischen Staatsministerium oder einzelnen preußischen Staatsministern zusteht, haben ausschließlich die Kommissare des Reichs oder der nach seinem Geschäftsbereich zuständige Kommissar des Reichs zu erlassen.

Die Zustimmung zu Haushaltsumschriften und außerplanmäßigen Ausgaben steht dem für den Geschäftsbereich des Finanzministers bestellten Kommissar des Reiches zu. Ebenso die Beschaffung von Geldmitteln im Wege des Kredits, soweit eine Ermächtigung vorliegt und die Übernahme einer Sicherheitsleistung (Garantien und Bürgschaften).

Die Kommissare des Reichs sind zur Durchführung ihrer Aufgaben befugt, mit den Reichsbehörden in Verbindung zu treten und an den von diesen einberufenen Sitzungen und Begegnungen teilzunehmen.

Das Recht der Begnadigung haben die Kommissare des Reiches auszuüben.

Zur Ausübung der dem Ministerpräsidenten und den Staatsministern auf Grund des Urteils des Staatsgerichtshofes zugetragenen Befugnisse werden die Amtsäume im Hause des Ministeriums für Volkswohlfahrt bereitgestellt. Im übrigen steht die Amtsgebäude des Staatsministeriums und der preußischen Ministerien ausschließlich zur Verfügung des Kommissars.

Dem Ministerpräsidenten und den Staatsministern stehen die Ministerialdirektoren Dr. Böhl, Dr. Bredt und Lohmann als stellvertretende Bevollmächtigte zum Reichstal im Haupt-

amt ständig zur Verfügung; sie erhalten im Hause des Ministers für Volkswohlfahrt Amtsäume zugewiesen.

Die im Haushaltspolit für die Staatsminister vorgebrachten Dienstwohnungen stehen, soweit sie von ihnen bisher Gebrauch gemacht haben, auch weiter zu ihrer Verfügung.

Die Kommissare des Reiches nehmen in dieser Eigenschaft an den Sitzungen des Reichstages, des Reichsrates, des Landtages und Staatsrates sowie ihren Ausschüssen nicht teil und leisten dienen Körperschaften keine Vorlagen zu.

Soweit im Staatsrat und Landtag Anfragen an das Staatsministerium gerichtet werden, die sich auf zeitlich und rechtlich in den Aufgabenkreis der Kommissare des Reiches fallende Angelegenheiten beziehen, wird der Reichskanzler als Reichsminister dem Ministerpräsidenten oder der nach seinem Geschäftsbereich zuständige Kommissar des Reiches dem zuständigen Staatsminister die erforderlichen Unterlagen, die zur Abgabe einer Erklärung oder Antwort in der Frage kommenden Körperschaft in instandsetzen, zur Verfügung stellen.

Dem Ministerpräsidenten und den Staatsministern sind zur Bearbeitung der ihnen verbliebenen Aufgaben der Vertretung Preußens im Reichstag, im Reichsrat oder sonst gegenüber dem Reich oder gegenüber dem Landtag, dem Staatsrat oder gegenüber anderen Ländern die mit der vorbereitenden Bearbeitung dieser Aufgaben betrauten Beamtens der Ministerien zur Verfügung zu stellen und die Amt, die sich auf die genannten Aufgaben beziehen, auf Beurlungen vorzulegen. Zur Aufrechterhaltung des geordneten Dienstbetriebes erfolgen diese Anforderungen durch Vermittlung des zuständigen Staatssekretärs (im Ministerium für Handel und Gewerbe bis zur Ernennung eines Staatssekretärs durch den zuständigen Kommissar des Reichs).

Hindenburgs Brief an Braun

In dem an den preußischen Ministerpräsidenten Braun gerichteten Brief, in dem der Reichspräsident Braun von den vorstehenden Maßnahmen Kenntnis gibt, heißt es u. a., eine Wiedereinlegung des preußischen Ministerpräsidenten in sein Amt bedürfe es nicht, zudem hätten die preußischen Minister ja auch bereits mit den ihnen durch den Staatsgerichtshof zugesprochenen Befugnissen Gebrauch gemacht. Reichspräsident von Hindenburg bedauert dann, daß die Verhandlungen nicht zu einer Einigung geführt haben und führt danach fort:

„Es erscheint mir aber nicht möglich, die Klärung der Verhältnisse weiter aufzuschieben. Das Interesse des Reiches und des Landes Preußen verlangt vielmehr eine beschleunigte Vereinigung aller durch das Urteil des Staatsgerichtshofes entstandenen Schwierigkeiten, um Reibungen für die Zukunft auszuschließen und ein verträgliches Zusammenarbeiten zum Wohl des Landes und des Reiches zwischen den Kommissaren des Reiches und den preußischen Staatsministern im Geiste des Urteils sicherzustellen. Dies bezeichnen meine Anordnungen.

Ich bin überzeugt, daß Sie, Herr Ministerpräsident, und die Herren preußischen Staatsminister wie auch die Kommissare des Reiches für das Land Preußen alles daran setzen werden, um dieses Ziel zu erreichen.“

Verstärkung der Lage

Stellungnahme des Kabinetts Braun zu der Neuordnung.

Wie verlautet, wird das geschäftsführende Kabinett Braun sich noch am heutigen Sonnabend in einer Kabinettssitzung mit den neuen Maßnahmen des Reichspräsidenten beschäftigen. In Kreisen der Regierung Braun wird die neue Verordnung als eine Verstärkung der Lage angesehen.

Weiter verlautet, das Ministerium Braun sehe die Halung des Reichskanzlers von Papen, der als verantwortlich für die Notverordnung zu betrachten sei, als um so unverständlich an, weil der Kanzler in seiner letzten Unterhaltung mit dem Ministerpräsidenten Braun kein Wort über diese neue Notverordnung gesagt habe, obwohl zur Zeit dieser Unterhaltung die Verordnung vermutlich schon fertiggestellt gewesen sei.

Hindenburg verhandelt

Beginn der Befreiungen mit den Parteiführern. — Hitler im Sonderzugzeug in Berlin eingetroffen.

— Berlin, 19. November.

Die Verhandlungen über die Neubildung der Reichsregierung nahmen ihren Anfang mit dem Empfang des deutsch-nationalen Parteiführers Geheimrat Dr. Hugo durch den Reichspräsidenten. Im weiteren Verlaufe des gesamten Reichsvorstandes von Hindenburg den

stumsführer Prälat Kaas und ferner den volksparteilichen Vorstehenden Dr. Dingeldey.

Nähere Mitteilungen über den Empfang der Parteiführer werden nicht gemacht; von amlicher Seite werden sogar über die mehr technischen Einzelheiten der Ausprache mit den Parteiführern Auskünfte nicht erteilt. Es wird lediglich erklärt, daß für sämtliche Empfänge die gleiche Form gewählt werden wird. Reichspräsident von Hindenburg habe nach jeder Aufführung hin vollige Entschlußfreiheit.

Entscheidungen sind im Herzen erst für die nächste Woche zu erwarten. Insbesondere ist eine Beurteilung der politischen Lage vor der Ausprache des Reichspräsidenten mit dem Führer der Nationalsozialisten, Adolf Hitler, unmöglich.

Diese Ausprache findet im Verlaufe des heutigen Sonnabends statt, nachdem Adolf Hitler in Begleitung führender Persönlichkeiten seiner Bewegung von Würzburg kommend mit einem Sonderzug in Berlin eingetroffen ist. Der Begleitung Hitlers befinden sich u. a. Staatsminister a. D. Dr. Fritz, Weg. Straßer und der Stabschef der SA, Hauptmann a. D. Rodm. Reichstagspräsident Göring, in den letzten Tagen in Rom weilte, wo er mit dem Stahlhelm-Bundesführer Seldzi vom italienischen Ministerpräsidenten Mussolini empfangen worden ist, hat nach dem Rücktritt Papens im Flugzeug zugleich die Rückreise nach Berlin angetreten.

Angestellts der Bedeutung, die der Ausprache Hindenburgs mit Hitler im Hinblick auf den weiteren Gang der Ereignisse automatisch wird in politischen Kreisen einstig die Frage diskutiert, ob die NSDAP auch in der neuen Phase an der während der Verhandlungen im August geforderten Übertragung des Kanzleramtes an Hitler festhalten werden oder ob sie nunmehr bereit sei, auch ohne die Kanzlerschaft Hitlers in der Regierung mitzuarbeiten.

Die Haltung der NSDAP

Der "Sächsische Beobachter" schreibt in diesem Zusammenhang, eine Regierung, hinter dem Kanzler stehe, sei den schweren Aufgaben, die in den Schicksalsstunden des Deutschen Reichs gelöst werden müssen, nicht mehr gewachsen. An dieser Unmöglichkeit sei Herr von Papen gescheitert. Daran werde jeder andere Mann scheitern, dem erst sein Amt die Befähigung zum Ritter Deutschlands geben sollte. Die Autorität einer Regierung bestehne nicht darin, daß sie regiere, Autorität sei vielmehr erste Voraussetzung, um zur Regierung befähigt zu sein. Autorität müsse sich vorher da sein. Der Maßstab dieser Autorität bestehne in dem Grade des Vertrauens, das einer beim deutschen Volke genieße. Es sei wahrlich nicht zu viel verlangt, wenn endlich auch an verantwortlicher Stelle dem Willen und der Meinung des Volkes Rechnung getragen werde, und diese Meinung gehe dahin, daß nunmehr die Stunde gekommen sei, in der ohne Zwischenlösungen Adolf Hitler zum Kanzler ernannt werden müsse. Man müsse Deutschland nationalsozialistisch führen, um zu verhindern, daß es bolschewistisch werde.

Das Echo in der Presse

Von den übrigen Blättern bezweifelt der deutsch-nationale "Volks-Umzüger", daß die Parteien aus eigener Kraft das gesteckte Ziel erreichen werden. Hindenburg müsse die Parteien vor die unausweichliche Notwendigkeit stellen, sich raschstens auf ein festes Arbeitsprogramm bindend zu einigen, oder aber überlebens den Weg wieder frei zu geben für Männer, die entschlossen seien, auf dem mit der Ausrichtung des parlamentarischen Unwesens eingeschlagenen Weg nach ihrem Gewissen weiter zu gehen.

Die "Deutsche Allgemeine Zeitung" erinnert an ihre Forderung, Hitler zu berufen und meint, es scheine, daß der Brief Hitlers bemüht darauf abgestellt gewesen sei, bei Hindenburg um Vertrauen zu werben. Es wäre tatsächlich ein politisches Ereignis von größter Tragweite, wenn es nach vielen Irrungen und Würrungen doch noch gelinge, den alten Feldmarschall und den jungen Führer der kürzlichen nationalsozialistischen Bewegung zusammenzubringen.

Von den Zentrumsblättern schreibt die "Germania", "Reichsführer von Papen habe dem Lande mit seinem Rücktritt einen großen Dienst erweisen". Für halb Entschluß sei kein Raum mehr. In diesem Sinne werde jetzt vor allem deutlicher und folgenreicher, als es am 13. August geschehen sei, die NSDAP, vor die große Frage ihrer politischen Bewährung gestellt werden. Die Zentrumsseite

habe zum Ausdruck gebracht, daß sie für das Ziel der Schaffung einer starken, volksverbündeten Führung und für die beschleunigte Durchführung ihrer Aufgabe jede verantwortliche Mitarbeit zur Verfügung stelle.

Von den linksburgischen Blättern meint das "Vorläufige Tagblatt", eine sächsische Politik sei erst dann möglich, wenn Reichspräsident von Papen endgültig das Feld geräumt habe. Die "Volksliche Zeitung" äußert, der Reichspräsident habe den Parteien eine faire Chance gegeben und wünscht, daß sie auch auf die Sozialdemokraten ausgedehnt werden wird. Der "Vorläufige Courier" warnt vor überheblichen Entschlüssen.

Der "Vorwärts", das sozialdemokratische Zentralorgan, fordert eine Regierung, die das Gegenteil der Regierung Papens sei. Eine Präsidialregierung, die im Vertrauen des Reichspräsidenten allein und nicht auch im Vertrauen des Reichstages ihre Stütze habe, sei nur dann mit der Verfassung vereinbar, wenn sich die Bildung einer regierungsfähigen Mehrheit als zunächst völlig unmöglich erwiese. Entmündeter der Reichspräsident führe einen Staatsmann von Forma, oder er behelfe sich mit einer Beamtenregierung.

Der Eindruck im Auslande

Der Rücktritt der Regierung Papen wird auch von der führenden Presse des Auslandes eingehend gewürdigt, ohne daß in diesen Beiträgen aber viel neue Gesichtspunkte zu finden wären.

Von den englischen Blättern schreibt "Financial News", nachdem sich die großen Parteien in ihrem Widerstand gegen Papen zusammengefunden haben, müssen sie jetzt den Beweis führen, daß sie sich zusammenstüßen können, um eine neue Regierung zu bilden. "Daily Mail" erklärt, wenn die Koalitionsverhandlungen fehlgeschlagen würden, so sei Hindenburg gezwungen, Deutschland unter eine Art Diktatur zu legen. "Daily Express" meint, Papens Nachfolger werde entweder von Papen oder Hitler sein.

Die Aussicht in Frankreich sind folgende Neuerungen kennzeichnend: "Victoire" meint, es sei nicht ausgeschlossen, daß von Papen seine eigene Nachfolge anstreben werde, wenn die politischen Parteien sich nicht untereinander verständigen könnten. "Figaro" schreibt, die Demission des Kabinetts von Papen werde weder auf die deutsche Politik noch auf die europäischen Angelegenheiten eine entscheidende Rückwirkung haben. "Ainsi au Peuple" sieht einen Mißerfolg der Verhandlungen mit der Reichstagsauslösung und der Diktatur gleich.

Die sächsische Presse spricht vereinzelt, so die "Neue Freie Presse", von einer Verfassungskrise in Deutschland. Die christlich-soziale "Reichspost" hält die Lösung der Krise für Hindenburgs schwerste Aufgabe.

Stahlhelm für autoritäre Staatsführung

— Berlin, 19. November.

Die Bundesführer des Stahlhelm haben an den Reichspräsidenten folgendes Telegramm gerichtet:

"Im Namen des Stahlhelm, der sich dabei eins weist mit der Mehrheit der arbeitswilligen und aufzubauereiten Deutschen, bitten wir Eure Exzellenz inständig, die von den Parteien unabhängige autoritäre Form der Staatsführung zu erhalten. Die Unmöglichkeit einer in sich ehrlich zusammenhaltenden parlamentarischen Mehrheit ist durch das Ergebnis der Reichstagswahl am 6. November erneut festgestellt worden. Das deutsche Volk will keine irgendwie geartete Parteiherrschaft mehr. Es will eine starke von den Parteien wirklich unabhängige Staatsführung, um endlich die friedliche Aufbauarbeit beginnen zu können."

Begründung der Demission

— Berlin, 18. November.

Amtlich wird mitgeteilt:

"Der Reichskanzler erstattete am Donnerstag dem Reichspräsidenten Bericht über das Ergebnis der Bevölkerungsfrage, die er im Auftrage des Reichspräsidenten mit den Parteiführern zur Erzielung einer möglichst breiten nationalen Konzentration geplante hat. Während die Deutschnationale Volkspartei, die Deutsche Volkspartei und die Bayerische

Als Karl mit Thomas an der Reihe ist, scharf beugt von zwei Kriminalbeamten, da fühlt Karl plötzlich das Kuvert in seiner Tasche, und ein großer Schreck durchzuckt ihn.

Unsicher legt er es auf den Tisch vor sich.

"Was ist in dem Kuvert?"

"Keine Ahnung, Herr Kommissar?"

"Wie keine Ahnung? Sie müssen doch wissen, was drin ist!" schaut ihn der Kommissar an.

"Tut mir leid. Ich habe mit meinem Freunde in der Wirtschaft gesessen, da kam ein fremder Mann zu uns, bat mich, das Kuvert aufzubewahren, und wenn eine Dame käme und fragte, ob für Böller was abgegeben sei, dann solle ich's ihr aushändigen."

"So, sol. Das klingt sehr seltsam!"

"Aber es ist an dem! Ich weiß wirklich nicht, was in dem Kuvert enthalten ist."

"Das werden wir ja gleich sehen!"

Der Briefumschlag wird geöffnet, sehr interessiert beugen sich die Kriminalisten über den Inhalt. Große Erregung. Ein hoher Polizeibeamter tritt hinz.

Der Wendelt sich dann an Karl.

Thomas fragt er: "Sie leugnen, von dem Inhalt des Kuverts etwas zu wissen?"

"Ganz entschieden! Ich habe keine Ahnung!"

"Das wird sich ja erweisen. Ich muß Sie in Haft befreien!"

Karl denkt an das morgige Spiel gegen die Novellers und ist entsezt.

"Herr Polizeirat! Mein Name ist Karl von Große. Vater ist der Inhaber der bekannten Firma Böle & Co. Ich bin der Mittelführer der 1. Böle-Mannschaft, die morgen gegen die Engländer spielt. Ich verstehe, daß Sie forstet vorgehen müssen. Aber ich bin an der ganzen Sache unbeteiligt. Rufen Sie, bitte, meinen Vater her. Er wird jede gewünschte Garantie stellen."

"Das wird in diesem schwerwiegenden Falle wenig nützen! Ich... Mittelführer der Böle-Mannschaft! Das Poststadion ist ausverkauft. Dumme Sach! Über es wird nicht gehen! Mit dem besten Willen nicht! — Ich wundere mich nur, wie Sie in das Votaf kommen!"

"Wie man eben so in ein Votaf kommt. Ich bin zum ersten Male dort gewesen."

"Auf dem Polizeipräsidium müssen alle ihre Taschen untersucht und werden vissitert."

Da kommt allerhand zutage.

"Sol"

Volkspartei auf dem Standpunkt stehen, daß sie keine Konzentration begrüßen, die die Arbeit der Reichsregierung zu erleichtern in der Lage seien würde, hat der Führer der Zentrumspartei der Ansicht Ausdruck gegeben, daß ihm das nicht gezielt erscheine, den Zusammenbruch dieser Kabinett sicherstellen. Die SPD hat den Wunsch des Kanzlers ja nicht abgelehnt. Die NSDAP hat teil, daß sie nur unter gewissen Voraussetzungen in einer nationalen Verhandlung bereit sei, wobei sie es in Absicht nimmt, das von der Reichsregierung in Angst genommene politische und wirtschaftliche Programm zu unterstützen.

In dieser Lage glaubt die Reichsregierung, die unter Leitung aller ihrer Kräfte verfügt hat, den vom Reichspräsidenten am 1. Juni erteilten Auflösung auszuführen, in bestem vaterländischen Interesse zu handeln, wenn sie heute ihr Amt in die Hand des Reichspräsidenten zurücklegt. Sie handelt dabei, ohne den Grund, autoritärer Staatsführung präzugsweise, den von ihr schon vielfach ausgeprochenen Prinzip, nach Rücksicht auf Personen in dieser so ernsten Stunde keinen Raum haben solle. Sie wünscht, dem Reichspräsidenten den Weg völlig frei zu machen, damit er als Führer der Nation und gestützt auf die hohe Autorität seines Amtes die Zusammenführung aller wahrhaft nationalen Kräfte herbeiführen möge, die allein der Weg der deutschen Zukunft sichern kann.

Der Reichspräsident nahm den Rücktritt der Reichsregierung entgegen und beauftragte das Kabinett, mit der Weiterführung der Geschäfte.

Zwischenfall in Köslin

Geisteskranker schreibt kriminalbeamter verfügt den Regierungspräsidenten zu verhaften.

— Köslin, 19. November.

Der geisteskranke frühere Kriminalbeamter versuchte den Regierungspräsidenten Cronau zu verhaften. Er ließ sich in der Privatzimmer des Regierungspräsidenten melden, erklärte, er sei der Vizepräsident und drang in das Zimmer Cronaus ein.

Dort erklärte er dem Regierungspräsidenten, der am Kaffeezeit sag: "Ich habe den Auftrag Sie zu verhaften." Er behauptete, der Regierungspräsident habe Spritzen gelegen begangen. Als Jendresch merkte, daß der Regierungspräsident inzwischen einen Beamten herangetreten habe, ergriff er plötzlich die Flucht und verlor, über die Dächer zu entkommen. Er wurde jedoch schon auf dem Boden des Hauses festgenommen.

Jendresch war früher Kriminalassistent in Köslin, später Schutzhilfbeamter in Oberschlesien, und hatte vor allen Unrechtsverstößen aus dem Dienst scheiden müssen.

Zwischenfall in der Reichskanzlei

Eine Frau wollte Papen mit dem Dolch zu Aenderung seiner Politik zwingen.

— Berlin, 19. November.

Wie sich erst heute durch eine Verhandlung vor dem Schnellrichter im Polizeipräsidium Berlin herausstellt, hat sich am Dienstag ein aufregender Vorfall in der Reichskanzlei abgespielt. Als der Portier gerade die Pfortnerloge verlassen hatte, um dem Staatssekretär Plank bei der Ausfahrt beihilflich zu sein, stürzte plötzlich eine Frau, die später als die 38-jährige frühere sozialdemokratische Funktionärin Paula Böle ermittelt wurde, die Treppe hinauf, um zum Reichskanzler zu gelangen. In ihrem Besitz wurde ein Dolch gefunden. In der Vernehmung gab sie an, sie habe den Reichskanzler bei ihrem "Besuch" zur sofortigen Aenderung seiner Politik zwingen wollen.

Das Urteil lautete auf drei Monate Gefängnis. Die Strafe ist wegen unbefugten Führens einer Stichwaffe verhängt worden.

Der Beamte geht in ein Nebenzimmer und kommt nach wenigen Augenblicken mit der Nachricht zurück: Haftentlassung unmöglich.

Thomas hat sich inzwischen bei den anderen Zwangsgestellten umgesehen.

Da entdeckt er jenen Mann, der das Kuvert an Karl ausgetauscht hat.

Er bezeichnet ihn sofort dem Kommissar. Der betreffende Mann wird vorgerufen, leugnet aber auf das bestimmt.

"Schuß verschürt! Feiger Kerl!" donnert Thomas.

Es ist nichts zu machen.

Thomas wird nach Feststellung seiner Personalien entlassen, Karl bleibt man in Haft.

Thomas rast zu Karls Vater.

Große ist außer sich, als er hört, was geschehen ist. Er geht sofort ins Auto, und der alte Josef, immer noch der gute Chauffeur von eins, fährt ihn nach dem Polizeipräsidium.

Karl läßt sich beim Polizeipräsidienten melden.

Der ist schon ins Wochenende gefahren. Auch sein Stellvertreter. Große verfügt, eine maßgebende Persönlichkeit zu sprechen und dringt endlich bis zum Polizeipräsidium Stettin vor. Der ist ein sehr vorsichtiger Herr und bedauert, nichts unternehmen zu können.

"Sie bitte Herr Polizeirat! Mein Sohn an einem Verbrechen beteiligt, das ist ja doch unmöglich. Ein obstiner Böle!"

"Es ist ja möglich, daß wir Unrecht haben und der Schein gegen ihn spricht. Dann wird er entshädigt werden."

"Aber das große Wettkampf morgen!"

"Das wird eben ohne Ihren Herrn Sohn alles zu!"

"Da, aber um was handelt es sich denn eigentlich?"

"Man hat bei ihm einen Attentatsplan auf den Reichskanzler gefunden."

"Doch muß Große herzhaft lachen. Attentat... auf den Reichskanzler? Donnerwetter, was traut man meinen siebenjährigen Sohn alles zu!"

Aber Große kann nichts ausrichten, auch seinen Jungen gegen ihn nicht sprechen.

Er fährt bedrückt heim und berichtet seiner Frau vom Vorfall.

(Fortsetzung folgt.)

Konzern von Autoschiebern

Versteigerung gestohlerer Wagen. — Fingierte Gläubiger und Schuldner.

— Stettin, 19. November.

Am 13. Augusti d. Js. hat die Stettiner Kriminalpolizei die Autohandlung Grunke geschlossen. An fünf Garagen wurden zahlreiche gestohlene Kraftfahrzeuge beschlagnahmt. Bei der Aufräumung des gesetzten Straftatenkomplexes dieser Firma konnten nach und nach rund 100 Kraftfahrzeuge aller Art beschlagnahmt werden. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen.

Einige in Stettin beschlagnahmte Mercedeswagen waren von Grunke auf einer Versteigerung erworben, die ein Berliner Rechtsbeistand Willi Scheer veranlaßt hatte. Da der Wagen als gestohlen festgestellt wurde, wurden Nachprüfungen über Scheer vorgenommen, die zu seiner Festnahme führten. Er hat eingestanden, außer in Stettin Mercedeswagen in Dresden, Plauen, Chemnitz, Magdeburg, Erfurt, Leipzig versteigert zu haben. Sämtliche Wagen sind gestohlen. Die Versteigerungen wurden mit erschlichenen Schuldurteilen des Amtsgerichts Berlin-Mitte und durch Angabe von fingierten Gläubigern und Schuldern vorgenommen.

Die neuesten Feststellungen ergaben, daß auch von den Dieben und Helfern die Namen des Berliner Rechtsanwälte Georg Meyer und Stranz waren. Es konnten eine Reihe weiterer versteigerte Mercedeswagen in Halberstadt, Frankfurt a. d. O. u. a. Städten ermittelt werden. Nach Berlin entkam Beimann des in Stettin zur Aufklärung dieses ins Riesenhafte gewohnten Ermittlungsvorganges gegen die zahlreichen Helfer gebildeten Sonderkommission habe in enger Zusammenarbeit mit den Autodiebstahlbekämpfungszentrale in Berlin den

Finanzier dieses Unternehmens

ausfindig gemacht. Es handelt sich um den Kaffeehausbesitzer Probst Erban und den Kaufmann Erwin Cohn, Berlin. Erban ist bereits vor einiger Zeit als Organisator einer reisenden Berliner Ladendiebstahlbande in Erwähnung getreten. Beide sind flüchtig. Am Zusammenhang mit der Auflösung der Straftaten dieser Heiterkonföderation sind bereits weitere Festnahmen in Berlin erfolgt.

Der Stralsunder Aufrührerprozeß

Die Schlechtereien im Negastor Wald vor Gericht.

— Stralsund, 18. November.

Unter großer Beteiligung des Publikums begann vor der hiesigen Großen Strafkammer die Verhandlung wegen der Trossenfälle, die sich am 19. Juli im Negastor Wald abgespielt haben, wo die Polizei eine bewaffnete Ansammlung der Eisernen Front anstieß. Unter den Angeklagten befinden sich der Gewerkschaftssekretär Hermann Oderwald und zwei andere sozialdemokratische Führer aus Stralsund. Die Anklage lautet auf Aufruhr, Vergehen gegen das Umweltgesetz und Verstoß gegen das Waffengesetz.

Auf zwei Tischen ist ein großes Lager von Knüppeln aller Größen, teilweise mit scharfen Nägeln versehen, Taschenmesser und Dolchlägern, die von der Polizei in Negastor beschlagnahmt bzw. gefunden wurden, ausgelegt. Nach fünf Schußwaffen befinden sich dabei. Die Angeklagten bezeichneten, unbewaffnet gewesen zu sein und lediglich den Schutz des Kinderlagers der Roten Armee beabsichtigt zu haben.

Als erster Zeuge sagte Oberlandesgerichtsmeister Pröger aus, er habe von dem Landrat den Auftrag erhalten, Befürcher der Hitlerversammlung nach Stralsund zu leiten. Auf dem Rückwege habe er auf der Landstraße Stralsund—

Negast einen geschlossenen Trupp von etwa zwölf Personen angetroffen, die rechts und links der Landstraße mit Gewehren bewaffnet, in zwei Reihen marschierten. Der Zeuge habe dann die Strafpolizei alarmiert. Der Zeuge habe dann den Befehl erhalten, daß die Stettiner Schuppen sei, der bereits unterwegs sei.

Der Führer, Posthauptmann Braun, sagte als Zeuge aus: Gleich nach der Ankunft der Polizei seien die ersten Schüsse aus dem Walde gegen die Polizei gefallen. Bei dem daraufhin erfolgenden Sturm seien etwa 60 Menschen durch die Lücken der Polizeikette entkommen, die überwunden werden. Die Festgenommenen seien nach Stralsund abgeführt worden. Ein bei dem Kampfe schwer verwundeter Lehrer Krull, der später starb, sei ins Krankenhaus gebracht worden.

Die Angeklagten behaupteten demgegenüber, von der Polizei zuerst beschossen worden zu sein.

Raubüberfall in Hamburg

Ein Geschäftsvorsteher von Autobahnen überfallen. — Über 10 000 Mark gestohlen.

— Hamburg, 19. November.

Am Freitag kurz nach 12 Uhr mittags wurde in der Republikstraße ein außerordentlich frecher Raubüberfall in der einen Geschäftsvorsteher ausgeführt, wobei den Tätern über 10 000 Mark in die Hände fielen, die der 50jährige Bole zur Bank bringen wollte. Er trug das Geld in einer Aktentasche bei sich. Plötzlich fuhr eine Limousine dicht an den Bürgersteig heran. Dem Wagen entstieg ein maskierter Mann, der sofort auf den Bolen zusprang und ihm unter Bedrohung mit einem Revolver die Aktentasche mit dem Geld entzog. Der Räuber sprang dann wieder in den Wagen, der darauf in schnellster Fahrt davonfuhr. Die Täter konnten bisher noch nicht ermittelt werden.

Danksagung.

Zurückgelebt vom Grabe unserer lieben Entschlaufenen, der

Witwe Katharina, Elisabeth Bölliger geb. Werner

sagen wir Allen denen, die ihren Sarg mit Kränzen schmückten und ihn das letzte Geleit gaben, hiermit unseren herzlichsten Dank.

Besonderen Dank der Ortsgruppe Spannberg des Reichsverbandes deutscher Kriegsoffer und Herrn Bäcker Dr. Bachmann für die trostreichen Worte im Hause und am Grabe.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Spangenberg, den 19. Nov. 1932.

Turnverein „Froher Mut“ Spangenberg.

Lichtbilder-Vortrag über „Olympiade 1932“.

Sonnabend, den 19. Nov. 1932, 20 1/2 Uhr im „Grünen Baum“

Der Sportredakteur der „Kasseler Post“, Herr Dr. Meg, plaudert über seine Erlebnisse und führt selbst aufgenommene Lichtbilder vor.

Zur Untertreibung werden 80 Pfg. von Arbeitslosen und Kindern 20 Pfg. Eintritt erhoben. Jedermann ist herzlich eingeladen.

Voranzeige.

Musikalische Abendunterhaltung mit Tanz

Sonnabend, den 3. Dezember.

Leitung: Solist und Kapellmeister Otto Gosel

Eintrittspreis: Erwachsene 25 Pfg. Schuler 50 Pfg.

Reinvertrag für die Wtiterhilfe.

Vorverkauf Lösch und Siebert.

Gärtnerei am Liebenbach

Telefon 68

empfiehlt ZUM TOTENFEST

Kränze, Bouquets, Ericken, Schnittblumen.

Ausstellung und Verkauf bei Frau W. Siebert, Burgstr.

Wer verkauft

Wohn- od. Geschäftsh. Villa, Landwirtschafts-, Gasthof, Bau- u. Kiesgel. Sof. Angebote an

P. Melle, Bremen, Göttschestraße 39.



Tüchtiges Mädchen

im Alter von 18-20 Jahren für Haushalt und kleine Landwirtschaft per 1. Januar gesucht

F. Sinning

Peitschenfabrik Elversdorf

Gesangverein

„Liedertafel“

Montag Abend 1/2 Uhr

Gesangstunde

Deutscher Kaiser

Der Vorstand.

Volkslied- und Märchen-Abend

mit anschließender Verlosung

am Sonntag, den 27. November, nachmittags 4 Uhr im Saale des Hotel Heinz! Der Reinvertrag ist für Weihnachtsgeschenke der Kinder im Kindergarten bestimmt.

Kommt Alle!

und hilft Kindern Freude bereiten!!

Eintritt 20 Pfg. Kinder und Arbeitslose 10 Pfg.

Vorverkauf der Eintrittskarten und Lose in den Buchhandlungen Lösch und Siebert.

Inserieren bringt Gewinn!

Kristall glitzert in tausend Lichtern



Porzellan schimmert perlengleich — pflegen Sie beides immer mit **IMI** Niemals zuvor zeigten Ihre Obsitschalen, Vasen, Aufsätze, Bowlen und farbiges Kunstglas ein solches Feuer, ein solch schillerndes Kleid. Heimkultur für wenige Pfennige durch das unvergleichliche **IMI**.

Beim Geschirraufwaschen genügt ein Kaffeelöffel **IMI**
für eine normale Aufwaschschüssel. So ergiebig ist es!

zum Aufwaschen, Spülen, Reinigen
für Geschirr und alles Hausrat!



Hergestellt in den Persilwerken.



6
G
au
zei
g

Ne
Me
In den
regierung
der Reichs
einen Entsta
eine Inter
der nation
arbeit nur
pionier von
Damit die
miederhol
zung die Be
zulassen, a
ist eine ne
enburg an
und unter
Regierung e
mit ein
Reichstag fü
Anschluß
zialistischen
arbeitet ge
Im Ende
enburgs mit
der Reichspr
ergründen w
angeboten ha
ausgeboten h
zung. Dieses
on Schwab
heit im neue
nationalsozia
Bürgerliche V
im einheitl
ordentlich. Ich
Seite wieder
Regierungsf
änderungen, d
trum in be
heften zu be
Angeleß
schen Kreis
hiller zu B
wiede. An
Möglichkeiten
teiligt werd
gramm freili
es jetzt ist, d
von Dauer
politischen S
Die Be
nach diele
Vorberhand
der Klarstei
einberu
Parteien de
genüber, ein
eine gem
durch, das
hat. Ge
er zwar Al
zur Verfügu
es dagegen
dorm erfolg
Seinen
unter Adolf
den Berhanc
auf die sogen
auf die Bel
satzministe
und das für
Wehrministe
die Frage de

Ein wei
der oder
spielt dabei
beten Präsi
erübrig ist
des Reichs
teilungen, te
insbesondere
dem Auftra
Stunde noch
dient von H
halt der M
die Linie d
wied. Auf
Einführung
Kreisels 48 1